Beschluss Resolution: Der Kohlekompromiss kann nur ein Anfang sein – kein weiteres Dorf opfern – Strukturwandel zivilgesellschaftlich voranbringen

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	23.02.2019
Tagesordnungspunkt:	Top 1 Grußworte und Formalia

Antragstext

Nach Jahren des klimapolitischen Stillstands hat die Kohlekommission nun Eckpunkte vorgelegt, mit denen Deutschland wieder auf den Pfad des Pariser Klimaabkommens kommen kann. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die in der Kommission vereinbarten Revisionsklauseln genutzt werden, um einen schnelleren Ausstieg zu forcieren. Nicht ohne Grund geben sich z.B. Schüler*innen mit dem bisherigen Ergebnis nicht zufrieden, streiken unter dem Motto "fridays for future" und fordern weitere ambitionierte Schritte. Nach dem Bericht der Kohlekommission ist klar, dass uns noch harte Kämpfe um die Ausgestaltung des Kohleausstiegs bevorstehen. Dennoch sind die Eckpunkte ein wichtiges Signal, dass Deutschland als großes Industrieland aus der Kohle aussteigt. Ohne den langjährigen Druck der Umwelt- & Klimabewegung sowie von uns Bündnisgrünen wäre dies nicht möglich gewesen.

Nun müssen Bundesregierung und Landesregierungen die Empfehlungen der Kommission zügig in Gesetzestexte gießen und umsetzen. Mit Blick auf die fortschreitende Klimakrise sowie die Klimaziele ist klar, dass der Kohleausstieg in Deutschland und Brandenburg deutlich früher abgeschlossen sein muss als 2038. Damit die in der Kommission vereinbarten Revisionsklauseln nicht zur Senkung, sondern zur Einhaltung der Klimaziele genutzt werden, braucht es deshalb weiterhin großen Druck von Klimaschützer*innen. Denn die Brandenburger SPD steht nicht für mehr, sondern weniger Klimaschutz: Nach wie vor kämpft sie für die Umsetzung des sogenannten Revierkonzepts der LEAG, mit dem der Brandenburger Kohleausstieg in die 2040er Jahre verschoben würde!

Für NRW hat die Kohlekommission zeitnahe Meilensteine empfohlen, u. a. umfangreiche Kraftwerksabschaltungen bis 2022 und den Erhalt des Hambacher Waldes. Für Brandenburg dagegen ist weiterhin offen, ob der Tagebau Welzow Süd II noch kommt. Für die direkt und indirekt in der Kohle Beschäftigten gibt es damit keine Planungssicherheit. Und auch die Einwohner*innen von Proschim wissen weiterhin nicht, ob ihr Dorf abgebaggert wird. Verantwortlich dafür sind vor allem Ministerpräsident Dietmar Woidke und sein Amtsvorgänger Matthias Platzeck. Sie haben in der Kommission die Absage an den neuen Tagebau Welzow Süd II, und damit auch ein klares Bekenntnis für den Erhalt Proschims, abgelehnt. Und das, obwohl die SPD bereits vor vielen Jahren versprochen hatte, dass Horno das letzte Dorf sei, welches aufgrund der Kohle verschwinde. Dass das Kommissionsmitglied Hannelore Wodtke als Vertreterin der Welzower Tagebaurand-Betroffenen das Kommissionsergebnis deshalb nicht mittragen konnte, ist für uns Bündnisgrüne mehr als verständlich. Gemeinsam kämpfen wir weiter gegen den neuen Tagebau und für den Erhalt Proschims! Auch bereits genehmigte Tagebaue wollen wir verkleinern.

Neben dem Ausstieg aus der Kohleverstromung muss endlich der begleitende Strukturwandel angepackt werden. Laut Kommission sollen dafür in den nächsten 20 Jahren 16 Milliarden Euro für die Lausitz bereitgestellt werden. Für uns steht fest: Die Gelder können nur prozessbegleitend ausgereicht werden, wenn der Kohleausstieg auch tatsächlich stattfindet! Sie müssen konkret dem Strukturwandel zu Gute kommen und dürfen nicht als Entschädigungen an die Braunkohle-Industrie fließen. Außerdem sprechen wir uns für eine deutlich stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft aus: Zehn Prozent der Bundesmittel sollen für zivilgesellschaftliche Projekte, soziales Unternehmertum, kulturelle Projekte etc. verwendet werden.

Zu einem erfolgreichen Strukturwandel gehören für uns sowohl die Weiterbildung der Beschäftigten, der Ausbau der Schieneninfrastruktur (etwa die Elektrifizierung der Bahnstrecke Cottbus-Görlitz und der zweigleisige Ausbau der Strecke Lübbenau-Cottbus), Investitionen in Zukunftstechnologien rund um Digitalisierung und Energiewende sowie die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden. Wir drängen darauf, dass umgehend geklärt wird, nach welchen Kriterien und über welche Verfahren entsprechende Strukturwandelprojekte vom wem wo eingebracht werden können. Wir fordern einen Staatsvertrag für die Lausitz! Der von der Landesregierung bereits vor Jahren angekündigte Leitbildprozess muss endlich starten. Wir wollen eine gemeinsame Vorstellung davon entwickeln, wohin es nach dem Kohleausstieg gehen soll und wie das Selbstverständnis der Lausitz im Jahr 2050 aussehen könnte.

Wer am 1. September 2019 in Brandenburg Bündnis 90/Die Grünen wählt, stimmt für Klimaschutz und den schnellstmöglichen Kohleausstieg, gegen den Tagebau Welzow Süd II und für den Erhalt Proschims. Wir kämpfen weiter für einen nachhaltigen, mit den Menschen vor Ort gestalteten Strukturwandel in der Lausitz.